

daß dieser Vorschlag der Öffent-  
lichkeit über-  
reife Rüstungen.  
Auf einer Konferenz des  
Marineangelegenheiten wurde  
erhalten vom Flottendepartement  
sagung von 111 Unterseebooten  
Koozebelt erklärte, diese Schiffe  
tweidrig. Das Marinedeparte-  
die Bewilligung von sechs Un-  
ffti, im Laufe des nächsten Jah-  
boote zu besitzen. (Abklärung)

Neuenbürg,  
Jung, kräftiger  
**Mann**  
zum Einlernen für meine  
Gießerei gesucht.  
Fr. Waldbauer.

Schwann.  
Einen tüchtigen  
**Zimmer-  
Mann**  
sucht  
Gustav Mitschke.

Calmbach.  
Wegen Platzmangel habe  
ich ein schönes, 5 Monate altes  
**Rind**  
zu verkaufen  
Fritz Dürr, Wildbacherstr.

Gesucht wird nach Rolle  
Tenor (Amerika) eine tüchtige  
**Frauenperson**,  
nicht unter 30 Jahren, welche  
den Haushalt versehen kann  
und auch etwas von der  
Landwirtschaft versteht, zwecks  
späterer

Heirat.  
Nähere Adresse erteilt die  
Eustalergeschäftsstelle.  
**Dienstmädchen**  
auf 1. März oder später ge-  
sucht.

Frau Ernst Müller,  
Vorheim, Sallerstraße 33  
Wegen Erkrankung meiner  
jetzigen suche ich auf 1. April  
tüchtiges  
**Zimmermädchen**  
oder Stütze bei hohem Lohn  
in Einfamilienhaus. Rücks  
vorhanden.

Frau Karl Knoll,  
Vorheim, Friedenstraße 62  
Suche auf 1. März zuver-  
lässiges  
**Mädchen**

für Küche und Haus.  
Frau Ch. Hebler,  
altes Schloß,  
Serach, bei Ehlingen a. N.  
**en Vertenerung**  
ich noch  
**igen Preisen**

gut  
in Stand gefe-  
mit  
he pro Paar 120 Mk  
fel pro Paar 170 Mk  
-Mäntel 200 Mk  
-Pelervinen 110 Mk  
ren 200x180 cm 280 Mk  
a von Mänteln, Anzüge  
v. Täglich eingehende An-  
schaffungen. Behörden  
Händler usw. Vorzugspreis  
gegen Nachnahme.  
mer, Stuttgart 21,  
Straße 77.

Bezugspreis:  
Vierteljährlich in Neuenbürg  
M 27.— Durch die Post  
im Preis- und Oberamt-  
Bericht sowie im sonstigen  
buchhändlerischen Bericht M 27,75  
mit Postbestellgebühr.  
In Fällen von höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch  
auf Lieferung der Zeitung  
bei auf Beseitigung des  
Bezugsverhältnisses.

Bestellungen nehmen alle  
Poststellen in Neuenbürg  
ausserdem die Buchhändler  
jederzeit entgegen.  
Strofant Nr 24 bei der  
O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Nr 52.

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Bloch'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigerpreis  
Die einpoltrige Zeitschrift über-  
berem Raum i. Bezir 1.20 M,  
außerhalb desselben 1.50 M  
einschl. Postgebühren.  
Herrn u. Wochenschrift  
50 f. Kellam-Jelle 4.—M  
Bei größeren Aufträgen ent-  
sprechender Rabatt, der im  
Falle des Abnahmehens  
hinwärtig wird, ebenso wenn  
Zahlung nicht innerhalb  
4 Wochen nach Rechnungs-  
datum erfolgt.

Schluß d. Anzeigenannahme  
tags vorher.  
Gespräch Nr. 4.  
Für telefonische Aufträge  
wird keinerlei Gewähr über-  
nommen.

Nr 52.

Neuenbürg, Freitag, den 3. März 1922.

80. Jahrgang.

## Deutschland.

**Stuttgart, 2. März.** Der Ausschuss für innere Verwaltung  
behandelte am Mittwochabend das Beschlagnahme-  
verfahren für die Abrechnung der Bezüge der Ver-  
waltungsdirektoren an die der Staatsbeamten bringt. Bericht-  
erstattet war Abgeordneter Scheer, der den Antrag stellte, daß  
in den Fällen A und B den planmäßigen Beamten der  
Ortsausgleich als pensionsberechtigter Einkommensanteil angerech-  
net werde. Gegen den Antrag stimmten B. B. und W. B. und  
zwei Zentrum. Ein weiterer Antrag des Berichterstatters,  
die in die Beschlagnahmungen aufgenommenen Stellen als  
solche einer neuere Besoldungsgruppe zu setzen, wurde mit  
7 gegen 5 Stimmen (links) abgelehnt, im übrigen der Geset-  
zentswurf einstimmig angenommen. Gegen die Überweisung  
der Körperrechtsbeschlagnahmungen durch die Landesfinanzämter  
wurde scharfe Verwahrung eingelegt.

**München, 2. März.** Reichskanzler Dr. Brüch hat sein  
Ergehen als Reichskanzler auf dem katholischen Arbeitstag am  
1. und 2. März in Nürnberg zugelegt. Dieses Ereignis des  
Reichskanzlers in Bayern ist politisch doppelt interessant, ein-  
mal weil er und für sich zwischen der Bayerischen Volkspartei,  
die diesen Arbeitstag veranstaltet, und dem Reichszentrum,  
dem Brüch doch angehört, ein scharfer Trennungsschritt besteht,  
zweitens deshalb, weil die Bayerische Volkspartei in scharfer  
Opposition zu dem nach ihrer Ansicht unantastbaren Reichskanz-  
ler steht. Es ist beachtenswert, daß sich der Reichskanz-  
ler nur bis Nürnberg vorwagt. In Franken befinden sich jene  
Kreise der Bayerischen Volkspartei, die lieber heute als morgen  
den Anschluß an das Reichszentrum vollziehen möchten.

**Berlin, 2. März.** Ein Gesetzentwurf zur Überleitung des  
Rechtszustandes in Oberschlesien ist gestern den Reichstag zu-  
gegangen. Durch dieses Gesetz soll die Regierung ermächtigt  
werden, zur Überleitung des Rechtszustandes in Oberschle-  
sien die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, soweit der  
deutsche bestehende Teil von Oberschlesien wieder von den deut-  
schen Behörden übernommen ist.

**Berlin, 2. März.** Der Reichsfinanzminister Dr. Diercks  
hat die Finanzminister der süddeutschen Staaten zu einer Kon-  
ferenz nach Berlin geladen. Der bayerische Finanzminister Köh-  
ler ist am Mittwochabend nach Berlin gereist. Der bayerische  
Finanzminister ist ebenfalls bereits gestern nach Berlin ge-  
fahren. Es handelt sich um eine Vorbereitung der Teuerung  
und der Vermögensbeschlagnahme.

**Berlin, 2. März.** Die Garantiokommission hat auch von  
der deutschen Regierung eine Zustimmung aller seit dem 1. Juli  
1914 neu geschaffenen Beamtenstellen in Deutschland einfor-  
dert mit Angabe der entsprechenden finanziellen Belastung für  
das Reich und die einzelnen Staaten. Der Reichshaushalt für  
1922 schließt mit einem Reihbetrag von über 92 Milliarden ab.  
Die deutschen Viehhändlervereine an Südschlesien werden im  
Einvernehmen mit der Reparationskommission wieder auf-  
genommen, nachdem Südschlesien Garantien gegen den Weiterver-  
kauf der Viehherden gegeben hat.

**Ein Franzose gegen die Abstimmung im Saargebiet.**  
**Saarbrücken, 1. März.** Der Pariser Nationalökonom Prof.  
Charles Gide äußerte sich vor einiger Zeit in einem Vortrag  
über die Möglichkeit als Lösung internationaler Konflikte auch  
über die Abstimmung im Saargebiet, die er als unbillig be-  
zeichnete. Warum eine Bevölkerung, die durchaus deutsch  
ist, befragen? Was würden wir Franzosen gesagt haben, wenn  
die Deutschen unsere Norddepartements nach einer 15jährigen  
Besetzung vor die Frage gestellt hätten, ob sie französisch blei-  
ben wollen? Das kommende Saarbescheid entwirft wirtschaft-  
lichen und politischen Dintergedanken. Wenn auch wahr-  
scheinlich der Erfolg negativ sein wird, so ist doch die Bestim-  
mung des Verfallers Vertrags zu bedauern, weil sie eine an sich  
wertvolle Idee schädigt.

**Der Wohnungsfondal im Saargebiet.**  
**Saarbrücken, 1. März.** Vor einiger Zeit brachte die so-  
zialdemokratische Stadtverordnetenfraktion eine Interpellation  
über die Wohnungsnot ein. Die Zahlen, die von amtlicher  
Stelle genannt wurden, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit  
die Ausdehnung der Wohnungsnot, die durch die Beschlag-  
nahme seitens der Militärbehörden und der Regierungskommit-  
ten hervorgerufen wurde. Diese Zahlen dürften den Alliierten  
höchst unangenehm sein. Die Zahlen stammen von dem Leiter  
des städtischen Wohnungsamtes und dürften zweifellos zutref-  
fen. Dem Leiter des Amtes ist angedroht worden, daß ein Dis-  
ziplinarverfahren gegen ihn eröffnet werde. Die Angelegen-  
heit wird noch im Stadtrat erörtert werden.  
Das Reichspostministerium über Vereinfachung und Vereini-  
gung von Verwaltung.

**Berlin, 2. März.** Das Reichspostministerium hat dem  
Reichstag eine Denkschrift über die Vereinfachung und Vereini-  
gung von Verwaltung und Betrieb der Reichspost- und  
Telegraphenverwaltung zugehen lassen. Wie es in der Denks-  
chrift heißt, werden die bisher eingeleiteten und noch beschlagnah-  
mten Änderungen in Verbindung mit den Vereinfachungen  
des Geschäftsbetriebs im Ministerium selbst eine Verringerung  
des Personalbestands in absehbarer Zeit zur Folge haben.  
Ebenso wird im Laufe späterer Jahre eine Verringerung der  
Oberpostdirektionen von 45 auf 35 möglich sein. Ferner be-  
darf die Frage, ob die Wohnpostämter in der vollen Zahl noch  
nötig sind, einer Prüfung, die bereits eingeleitet ist. Die Ver-  
einfachung der Telegraphen-Postämter ist nach dem Umfang  
über technischen Aufgaben als ein Bedürfnis zu erachten. Eine  
noch weitergehende allgemeine Einschränkung der Schalter-  
dienstleistungen, der Briefkastenentleerungen und Bestellungen hält  
die Postverwaltung nicht für angängig, wenn darunter nicht  
die Allgemeinheit leiden soll. Die Arbeitstätigkeit bedarf noch  
einer ins einzelne gehenden grundsätzlichen Regelung, bei der  
die volle Benützung der Arbeitskraft ohne Durchbrechung der  
Grundsätze des Achtstundentages unter Vermeidung jeder

Überanstrengung der Beamten sichergestellt werden muß.  
Die Denkschrift schließt zusammenfassend, daß die bereits voll-  
zogenen Vereinfachungen und Vereinigungen bei der Reichs-  
post- und Telegraphenverwaltung eine Ausgabenverminderung  
um einige Milliarden Mark zur Folge gehabt haben. Die  
Reichspost- und Telegraphenverwaltung ist entschlossen, alle  
Maßnahmen zur Vereinfachung und Vereinfachung mit allem  
Nachdruck zur Durchführung zu bringen. Ein aus Mitgliedern  
des Reichsausschusses des Reichstages und aus Vertretern des  
Verkehrsbeirats, des Beamtenbeirats und des Zentral-Ver-  
kehrsbeirats mit Dinauscheidung von Beamten des Ministeriums  
bestehender Vereinfachungsausschuss soll die Einrichtungen der  
Post- und Telegraphenverwaltung, besonders ihren Betrieb,  
eingehend an Ort und Stelle zum Zwecke der Vereinfachung  
prüfen.

**Zum Reichsmietengesetz.**  
Der Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt in zukünftigem  
Sinne zum Reichsmietengesetz eine entscheidende Erklärung. Der  
Deutsche Gewerkschaftsbund betrachtet die Regelung der Miet-  
rechtsbildung im Sinne des Reichsmietengesetzes als eine un-  
bedingte Notwendigkeit und erwartet von allen Parteien Ver-  
ständnis für die Notwendigkeit, jetzt schon zu einer radikalen  
Umgestaltung des Wohnungsmarktes zu kommen, wie sie in der  
Förderung nach freier Wirtschaft auch auf diesem Gebiet aus-  
gesprochen liegt. Die nächste Folge der Freigabe wäre in  
Verbindung mit den Materialpreisen eine 15- bis 20prozentige  
Steigerung der Mietmieten. Das würde katastrophal wirken.  
Die Dauer würden der Salutspekulation überantwortet. Neu-  
bauten erst recht unmöglich, eine ungeheure Dauerbelastung  
würde für das ganze Volk nun entstehen. Eine neue Lohn-  
bewegungswelle müßte folgen mit der Wirkung neuer Papier-  
millarden, die den Geldwert weiter vermindern. Deshalb er-  
klärt der Deutsche Gewerkschaftsbund (Christl. nationale Ar-  
beitnehmerorganisationen), daß für ihn die Freigabe des Woh-  
nungsmarktes gegenwärtig nicht in Frage kommen kann und  
daß er allen dahingehenden Versuchen unbedingten Wider-  
stand entgegenzusetzen wird. Das Reichsmietengesetz leide Mittel  
zur Erhaltung der Dächer vor, wie im Reichsmietengesetz die  
schwierige Lage des Hausbesitzers nicht verkannt wird. Es  
wird noch darauf hingewiesen, daß der Entwurf im Reichs-  
tag mit den Stimmen der dort sitzenden Hausbesitzer  
angenommen und im Reichstag noch wesentlich zugunsten der  
Bermieter verbessert worden ist. Der Deutsche Gewerkschafts-  
bund erwartet daher von den Vertretern des deutschen Volkes,  
sich der Bedeutung ihrer Stellungnahme bewußt zu sein und  
sich nicht dazu herzugeben, kurzfristige Interessenpolitik und  
rücksichtsloses Gewinnstreben zu fördern.

**Zur Wahl des Reichspräsidenten.**  
**Berlin, 2. März.** Mit den in der letzten Zeit sich mehrenden  
Gerüchten über den Kandidaten für die Wahl des Reichs-  
präsidenten beschäftigt sich heute auch das Berliner Tages-  
blatt und meint, daß weder das Zentrum noch die Demokra-  
ten sich mit der Personfrage bisher irgendwie befaßt haben.  
Es solle durch die Verbreitung dieser Nachrichten offenbar der  
Anfang gemacht werden, als ob die Koalitionsparteien die  
Wahl hätten, Parteikandidaten aufzustellen, die Sozialdemo-  
kraten aber, das Zentrum, die Demokraten und die Demokra-  
ten hier. Und angefaßt einer solchen Zerstückelung solle von  
den Koalitionsparteien mit einem gemeinsamen bürgerlichen Kan-  
didaten aufgewartet werden. Das Spiel sei ganz fein ange-  
stellt, es scheitere aber an der Tatsache des Gegensatzes zwi-  
schen den Bürgerlichen und der Sozialdemokratie, der unter der  
Herrschaft des parlamentarischen Systems immer mehr an Be-  
deutung verliere. Der Reichspräsident verfordere die Republi-  
kän. An ihn sei nicht die Frage gerichtet, was seiner Stellung  
aufgabe als Sozialdemokrat, sondern in allererster Linie die  
Frage: „Wie hältst du es mit der Republik?“ Wie unter  
diesen Umständen sich die Parteien auf einen bürgerlichen Kan-  
didaten einigen wollen, von denen die einen von der Notwendig-  
keit der Republik abgesehen, die anderen um die Wiederauf-  
richtung der Monarchie bemüht seien, bleibe ein Geheimnis.  
Keine Veröffentlichung der Vorverträge vor der Gewerks-  
konferenz.  
Wie die „Tägliche Rundschau“ hört, sollen die Vor-  
verträge nicht vor Ende April herausgebracht werden.  
Das Ansehen der Amt nicht nach derselben Quelle, es  
sei nicht gut, die Vorverträge vor und während der Kon-  
ferenz von Genoa zu veröffentlichen, weil sie dann die allge-  
meine Aufmerksamkeit des In- und Auslandes in geringerer  
Rang auf sich ziehen würden. Deshalb immer diese unange-  
brachte Zurückhaltung? Deutschland wird deswegen in Ge-  
nuß von der Entente nicht besser und nicht schlechter behandelt.  
Schriftl.)

**Ausland.**  
**Wien, 2. März.** Die österreichische Regierung beabsichtigt,  
die in Aussicht gestellten Auslandskredite ausschließlich für  
Maßnahmen zu verwenden, welche einer weiteren Verschlechte-  
rung der Balata vorbeugen.  
**Paris, 1. März.** „Le Nouvelle“ veröffentlicht eine Er-  
klärung des Direktors der KGO, Deutsch, der u. a. äußerte,  
er sei vor etwa zwei Jahren in Paris gewesen, um die Wieder-  
aufnahme der geschäftlichen Beziehungen zwischen Frankreich  
und Deutschland zu betreiben; er habe mit dem damaligen  
Vandelsminister Naac, einem Mitglied des Kabinetts Wil-  
land, verhandelt. Eine Verständigung sei nahe gewesen. Dann  
habe die Konferenz von Spaa stattgefunden und seitdem sei  
von diesen Projekten nicht mehr die Rede gewesen. Deutsch  
erklärte weiter, er habe nur wenig Vertrauen zu der Kon-  
ferenz von Genoa; im besten Falle könne man seines Grachtens  
hoffen, daß internationale Kommissionen ins Leben gerufen  
werden.  
**Paris, 2. März.** Die Konferenz der alliierten Finanzmini-  
ster, die am 8. März stattfinden sollte, wird mit Rücksicht auf  
den an jenem Tage stattfindende Eröffnung der italienischen

Kammer verschoben. — Boicore wird in den nächsten Wochen  
eine Zusammenkunft mit dem neuen italienischen Ministerprä-  
sidenten Facta haben.

**Roskau, 2. März.** Nachrichten besagen, daß die Sowjet-  
regierung Diamanten und Edelsteine ins Ausland schaffen  
wolle. Es sei auch beschlossen worden, 16 Millionen Goldruble  
auszugeben, um im Ausland Kriegsmaterial für die Rote Ar-  
mee zu kaufen.

**London, 2. März.** Nach dem Korrespondenten des  
„Berly Dispatch“ hat Lloyd George das Ergebnis der von  
Lloyd George Unterhaltung in dem Sach zusammengefaßt: „Die  
Hauptfrage ist, daß wir uns verständigt haben.“ „Sunday  
Times“ hebt hervor, daß Lloyd George nach der Unterhaltung  
mit Boicore „geradezu strahlend“ ausgesehen habe. (Der  
politische Kater folgt bald nach. Schriftl.)

**Die Wirtschaftskrise im Elsaß.**  
**Strasbourg, 1. März.** Die französischen Blätter beschäftigen  
sich mit der verhängnisvollen wirtschaftlichen Lage und der  
Nachkriegspolitik hingestellt. Der Kleinhandel ist durch die  
Steuerlast fast vollständig erkränkt worden. Ueber die Lage  
der elsaßischen Industrie sei kein Wort mehr zu verlieren. Die  
Verhältnisse könnten in nicht allzu ferner Zeit Frankreich  
ausgehende Ueberraschungen bereiten. Die Direktion der Glas-  
fabrik Hüppel, deren Arbeiter seit dem 18. Januar teils  
als Streikende, teils als Ausselberrte beschäftigungslos sind,  
hat ihre Drohung verwirklicht und getrennt die Fabrik geschlos-  
sen, da die Arbeiter ihrem Appell, unter Annahme der 5proz.  
Lohnverminderung zur Arbeit zurückzukehren, nicht Folge  
geleistet haben.

**Englische Kabinetskrise?**  
**London, 2. März.** In Londoner politischen Kreisen wird  
damit gerechnet, daß Lloyd George in der nächsten Sitzung  
des Unterhauses die Vertrauensfrage stellen wird.

**Spannung zwischen Bulgarien und Griechenland.**  
Der „Independance Belge“ wird aus Konstantinopel ge-  
meldet: Unter dem Vorwand, seine Grenzen seien von griechi-  
schen regulären Truppen verletzt worden, hat Bulgarien die  
teilweise Mobilisation seiner Arme angeordnet, und zwar  
merkwürdigerweise am gleichen Tage, an dem die Balkan-  
konferenz beschlossen hat, die alliierte Militärkonferenz in Bul-  
garien aufzuheben. Als Vorichtsmaßnahme hat nun Griechen-  
land seinerseits zwei Reserveregimenter unter die Waffen ge-  
griffen. Dennoch versichern die alliierten Regierungsblätter, daß in den  
griechisch-bulgarischen Beziehungen keinerlei Spannung ein-  
getreten sei, während die unabhängigen griechischen Zeitungen  
berichten, daß seit einiger Zeit antigrichische Propaganda be-  
trieben werde, daß in Sofia neue Besprechungen und Konferen-  
zen abgehalten wurden und daß die griechisch-bulgarischen  
Beziehungen sehr gespannt seien. Die rumänischen und sül-  
dwestlichen Gesandten in Athen hatten längere Besprechungen  
mit dem stellvertretenden Außenminister. Eine offizielle Mit-  
teilung über diese Besprechungen ist nicht ausgegeben worden,  
jedoch verlautet, daß die rumänische und die serbische Regie-  
rung bei der bulgarischen Regierung einen Schritt unternehmen  
werden. In Konstantinopel ging in den letzten Tagen das  
Gerücht, daß die griechisch-bulgarischen Feindseligkeiten bereits  
begonnen hätten, es habe sich aber als falsch erwiesen. Wie dem  
auch sei, es sind Komplikationen im Balkan zu befürchten und  
es können von einem Augenblick auf den anderen Ueberraschun-  
gen eintreten.

**Die finanziellen Folgen der Währungsreform in Amerika.**  
Nach einer Meldung aus Washington wird die infolge der  
Abklärung zu ersiehende Ersparnis des amerikanischen Staats-  
schades nach einer Schätzung der amerikanischen Sachverständigen  
in den nächsten 15 Jahren 5 Milliarden Dollars betragen.

**Aus Stabi, Bezirk und Umgebung.**  
**Neuenbürg, 1. März.** (Richtung Kleinrentner!) Von zu-  
ständiger Seite wird auf die Vergünstigung aufmerksam ge-  
macht, die für Kleinrentner mit geringem Einkommen in der  
Beile vorgesehn ist, daß die, in einem Kalenderjahr entrichtete  
Kapitalertragssteuer auf die für das betreffende Rechnungsjahr  
geschuldete Einkommensteuer angerechnet oder bar  
erstattet wird, sofern der Steuerpflichtige über 60 Jahre  
alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend be-  
hindert ist, seinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu be-  
streiten. Weitere Voraussetzung für die Gewährung der Be-  
stimmung ist, daß sich das Einkommen hauptsächlich aus Kapital-  
einkünften oder aus Wariaged, Ruhegehalt, Witwen- und Pen-  
sionisten und dergl. zusammensetzt. Die Vergünstigung wird  
ledig nur auf Antrag des Steuerpflichtigen gewährt. Wenn  
der Antrag nicht in der Einkommenssteuererklärung gestellt  
wird oder wenn eine Verpflichtung zur Abgabe der Einkom-  
menssteuererklärung nicht besteht, ist besonderer Antrag er-  
forderlich. Nachdruck können vom Finanzamt oder bei den  
Ortssteuerämtern bezogen werden. Mit der Stellung eines  
Antrages sind die die Erstattung begründenden Voraussetzun-  
gen — Lebensalter, Erwerbsunfähigkeit, Höhe und Art des  
steuerpflichtigen Einkommens — darzulegen und die Belege  
über die Erstattung der Kapitalertragssteuer beizubringen. Die  
Anträge auf Anrechnung oder Erstattung der Kapitalertrags-  
steuer für das Kalenderjahr 1921 sind schriftlich oder  
mündlich in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März  
1922 bei dem Finanzamt einzureichen.

**Einrichtung der Staatsrentämter.**  
Der auf 1. Oktober 1921 erfolgte Übergang der Finanzver-  
waltung auf das Reich und die seit diesem Zeitpunkt eingetre-  
tene Verlastung der Finanzämter auf dem Gebiet der Steuer-  
verwaltung, hat die Einrichtung besonderer Ämter für die Lan-  
desvermögensverwaltung notwendig gemacht. Diese Ämter  
(Staatsrentämter) haben, wie aus der amtlichen Bekannt-  
machung in heutiger Nummer ersichtlich, ihre Tätigkeit am  
1. März 1922 aufgenommen. Von diesem Tag an sind dabei

insbesondere sämtliche Miet- und Pachtpreise, Konzeptionsgelder usw. für Kubung staatlicher Gebäude und Grundstücke, ferner alle Einnahmen aus dem Staatswaldbesitz, wie Holzgelder, Beiträge, Zinsen usw. nicht mehr an die Finanzämter, sondern an die Staatsrentämter zu entrichten. Auch die Bezahlung sämtlicher Fortschreibungen, sowie Kaufkosten, ferner der Gehalt der Weislichen und Bedier ist künftig Sache der Staatsrentämter. Das Staatsrentamt für die Oberamtsbezirke Calw, Reutenburg und Nagold hat seinen Sitz in Girsau. Bezüglich der Fortschreibung Simmersfeld (im Oberamt Nagold) zählt zum Staatsrentamt Freudenstadt.

### Württemberg.

**Calw, 2. März.** (Das Enzfaßwerk.) In der Verbandssammlung des Gemeindevorstands Elektrizitätswerk Teinach unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Müller (Neubach) wurde die Frage der Erwerbung und des Ausbaus der Wasserkraftanlage im oberen Enzthal behandelt. An den Verhandlungen nahmen auch Ministerialrat Dr. Michel und Bauamann Großjohann teil. Es handelt sich dabei um das Enzfaßwerk Bildbad, dessen Ausbau und Ausnützung. Das Werk, das der Stadt Bildbad gehört, verfügt über bedeutende Wasserkraft, wird aber nur zu 20 Proz. von der Stadt ausgenutzt. Die Anlagekosten würden rund 30 Millionen Mark betragen. Mit der Stadt Bildbad müßte ein Abkommen geschlossen werden, und zwar nach, da schon andere Liebhaber vorhanden sind. Der Verwaltungsrat wurde ermächtigt, sofort Anleihenverhandlungen einzuleiten, um die Wasserkräfte auszubauen.

**Freudenstadt, 2. März.** (Besuch.) Staatspräsident Dr. Diederich zum Besuch von Geheimrat Dr. Cuno, dem Generaldirektor der „Dapag“ im Hotel Rappen hier und lebte abends im Kraftwagen wieder nach Stuttgart zurück.

**Stuttgart, 1. März.** (Die Schieferfäße.) Die alte Schieferfäße, Jahrschichte im Gebrauch, soll abgetan werden. Begründung: Nur leichte Herbstschicht und deren hoher Preis. Eine unerschöpfliche, in den höchsten Volksschulen für Halbtagsarbeit eingebundene ansprobierte Schieferfäße soll an deren Stelle treten, die als vollwertiger Ersatz der Schieferfäße gelten kann. Ihr Name heißt „Amara“. Eigenschaften und Vorteile: Die härtere Schieferfäße wird vom Griffel nicht angegriffen, es entstehen keine Rinnen und Kratze, die Linien sind nicht in die Fläche eingetieft und doch unverwundbar, weil sie einseitig sind. Die Tafel ist, wie schon oben genannt, unzerbrechlich; daher eine bedeutende Ersparnis und die Erfindung gleichzeitig ein großartiger Fortschritt, wenn wirklich deren Haltbarkeit und Ausdauer festhält. Dann wäre der Preis mit 16,50 M. heute im Großhandel nicht zu teuer, da ja die bisher herkömmlichen Schieferfäße von oft raubem Material fast ebenso hoch kommen. Künftig wird man zuerst auf größere Reinerzeugungen hoffen, als auf dem vielumstrittenen Schulgebiet, als ob das nie gar nichts gekostet hätte. Die Heimat der Schieferfäße ist der Thüringer Wald; ihre Herstellung und Gewinnung bedingt den Brotverderb tausender von Familien.

**Stuttgart, 2. März.** (Amtsunterstützung.) Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich der städtische Polizeikommissar Schmidt zu verantworten, der Gelder, die er in amtlicher Eigenschaft einnahm, für sich verwendete, die Bücher und Einträge fälschte und amtliche Urkunden vorzüglich vernichtet hat. Der Angeklagte gab die Strafsachen zu, entschuldigte sie aber mit Alkoholgenuss. Vier Sachverständige wurden aus diesem Grund gehört. Unverkündigterweise ließ von Abingen ein Obergutachten, das der Angeklagte durch seine Trunksucht in seinem Willensvermögen herabgesetzt worden ist, das dies ihn aber in keiner Weise der Verantwortung seiner Tat entziehe. Geheimrat Dr. Jauer und Oberarzt Dr. Eisberger bitteten sich für griffige Unzurechnungsfähigkeit ausgesprochen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage. Das Gericht verurteilte Schmidt zu zwei Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 1500 M. Geldstrafe.

**Stuttgart, 2. März.** (Die Bäder und die neuen Holzpreise.) Unter Hinweis auf die bei den letzten Holzversteigerungen besagten unerschwinglichen Holzpreise, die namentlich den Landwirten die Einhaltung des für Marktbrot festgesetzten Höchstpreises fast unmöglich machen, hat der württ. Bäder-Verbandsverband eine Eingabe an die württ. Landesregierung gerichtet und dringend darum nachgesucht, beim Finanzamt dafür einzutreten und zu erwirken, daß die Holzämter angewiesen werden, den Bäderinnungen auf ihren Antrag das benötigte Holz zu Taxpreisen zuzuwenden.

**Stuttgart, 2. März.** (Nurachtung der Kriegsdienstzeit.) Das Finanzministerium hat einen Weisheitsentwurf ausgearbeitet über die erhöhte Anrechnung der während des Kriegs zurückgelegten Dienstzeit. Das Gesetz wird demnächst dem Staatsministerium zur Beratung vorgelegt.

**Stuttgart, 2. März.** (Kuch im Tode vereint.) Das Ehepaar Jakob Ernst Bauerleute ist innerhalb weniger Stunden miteinander im gleichen Alter von 92 Jahren gestorben. Die gemeinsame Beerdigung findet am Freitag statt.

**Reutenburg, 2. März.** (Wittelschändel.) Die Landwirte des hiesigen Bezirks haben für den notwendigen Mittelstand 200 Zentner Kartoffeln und 30 Zentner Mehl und Getreide abgefordert. Die Amtsförderung stellte 20000 M. zur Verfügung, außerdem wurden rund 20000 M. erlassen. 158 Gewächser wurden bisher mit Beihilfen von 200 bis 400 Mark unterstützt.

**Geislingen a. St., 2. März.** (Auslieferung.) Die Glasarbeiter der Württ. Reibwarenfabrik hier haben im Ausstand. Ein Arbeiter, der für 120 M. Gehalt in die Fabrik kam, wurde genommen hat, sollte entlassen werden, obwohl er schon 24 Jahre bei der Firma tätig ist. Die Arbeitergewerkschaft erklärte sich solidarisch dazu, daß das Kündigungsrecht erloschen ist. Daraufhin wurde die ganze Belegschaft freigesetzt.

**Heidenheim, 1. März.** (Modern.) Eine neue Art der Pensionserhöhung von hier nach Großstadt haben 40 Arbeiter gefunden. Sie haben gemeinsam ein Kostauto gekauft, das sie täglich von Großstadt herfahren soll.

**Göppingen, 2. März.** (Ein Brot.) Der Gemeinderat beschloß, gegen einen Antrag der bürgerlichen sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die Vermögensverwaltung des ehemaligen Teppichbinders Gensberg von Stuttgart nach Karlsruhe zu verlegen, im Besonderen mit den übrigen beteiligten Gemeinden Protest einzulegen.

**Banzen, 1. März.** (Eierpreis.) Das Oberamt Banzen hat einen Eierpreis von 2,50 M. als angemessenen Erzeugerpreis erklärt und die Polizeibehörden angewiesen, den Eierhandel sofort zu überwachen und übermäßige Aufschläge zu dem Erzeugerpreis zur Anzeige zu bringen.

**Stuttgart, 2. März.** (Von der Hölle nach in den Tod.) Der Holzarbeiter Georg Salber von Gmünd kam von einer Hochwasseranhaltung nach Calw und wurde aus tiefem Schlafe nicht mehr auf. Im Krankenhaus starb er, ohne das Bewusstsein wieder erlangt zu haben.

**Wegertshausen, 1. März.** (Butterförmigkeit.) Einem umfangreichen Scheidungsfall mit Butter ist nach dieser Tage auf die Spur gekommen. Der Danziger ist ein Kellner aus Frankfurt a. M., der sich seit einigen Monaten als angeblicher Geschäftsbefehliger in Königsbecken ausbildet und nun kündigt ist. Die Butter wurde in größeren Mengen, meist mit Aufpreis nach Königsbecken gebracht und von dort nach Frankfurt weitergeleitet. Bei den zwei letzten Sendungen.

**Der Obbau und die Obkern in Württemberg 1921.** Der Gesamtgewinn der Obkern des Jahres 1921 wird vom Statistischen Landesamt auf Grund der Berichte der Kreisverwalter zu 187,5 Millionen Mark geschätzt, gegen 21,6 Millionen Mark im Jahre 1920, 82,7 Millionen Mark im Jahre

1919 und 8 Millionen Mark im Mittel der zehn letzten Friedensjahre. Die Preise berechnen sich pro Doppelzentner bei den Äpfeln zu 149,33 M., Birnen 124,58 M., Pfäfen und Zwetschgen 292,05 M. und bei den Kirschen zu 265,45 M. Die Preise des Jahres 1921 betragen in Birnen, Äpfeln und Kirschen das 17- bis 20fache, in Pfäfen und Zwetschgen, die im Jahre 1921 nur geringen Ertrag ergaben, das nach 20fache der Preise im Mittel der letzten zehn Friedensjahre. Die Produktionsaufnahme an ertragsfähigen Obstbäumen ergab für 1921: 5 433 659 Äpfelbäume, 2 158 536 Birnbäume, 1 628 815 Pfäfen- und Zwetschgenbäume, 236 410 Kirschbäume, insgesamt 9 561 230 Obstbäume. Gegenüber dem Stand vor 20 Jahren hat die Zahl der Äpfelbäume um 23,4 Proz., die der Birnbäume um 19,9 Proz. zugenommen; dagegen hat die Zahl der Pfäfen- und Zwetschgenbäume um 7,9 Proz., die der Kirschbäume um 9,4 Proz. abgenommen. Was den letzten jährigen Obstertrag anbelangt, so bleibt er bei sämtlichen vier Obstgattungen hinter dem zehnjährigen Durchschnitt zurück; dagegen ist es bemerkenswert, daß nun seit dem Jahre 1914 sowohl die Äpfel als auch, ausgenommen nur das Jahr 1918, in Birnen fortgesetzt gute oder doch befriedigende Ernten zu verzeichnen waren, während in den Jahren vor 1914 öfters schlechte Obsterträge auf einander gefolgt sind. Der Gesamtwert der württ. Obst- und Weinerte von 1921 ist zu rund 406 Millionen Mark zu veranschlagen gegen 272 Millionen im Jahre 1920 und 154 Millionen Mark im Jahre 1919.

### Die Weinerte in Württemberg 1921.

Nach den Erhebungen des Statistischen Landesamts berechnet sich der Gesamtgewinn der 1921er Weinerte in Württemberg zu rund 219 Millionen Mark gegen 150 Millionen Mark im Jahre 1920 und 20 Millionen Mark im dem guten Jahrgang 1914. Von dem gesamten Weinert der Jahre 1921 sind 193 460 Hl. wurden 151 223 Hl. oder 78,2 Proz. unter der Kelter verkauft; das ist erheblich mehr als in früheren Jahren. Der bei dem Verkauf unter der Kelter erzielte Preis berechnet sich zu 1141,78 M. für 1 Hl. gegen 922,53 M. im Jahre 1920, 449,10 M. im Jahre 1919, 354,40 M. im Jahre 1918 und 47,90 M. im Mittel der letzten zehn Jahre vor dem Kriege. Der im Jahre 1921 erzielte Landesdurchschnittspreis beträgt also rund das 20fache des Preises, der im Durchschnitt der letzten zehn Jahre vor dem Kriege erzielt wurde.

### Baden.

**Stuttgart, 1. März.** Wie erinnert, ist in der Neujahrsnacht in der Nähe von Ettlingen ein Sprengkörper zur Explosion gebracht worden. Es wurde dadurch die Hochspannungsleitung des Ringwerkes getroffen und zerstört. Dadurch entstand eine längere Störung nachts um 12 Uhr. Den Bemühungen der Genarmee Ettlingen ist es gelungen, den Fehler ausfindig zu machen. Es liegt fahrlässige Veranlassung vor und keine Absicht, die Leitung zu beschädigen. Jedenfalls wird der Täter für den Schaden haftbar gemacht.

**Karlsruhe, 1. März.** Der kürzlich wegen Diebstahls von sechs Schinken verdächtige Gausbarische, Kurt Bode aus Berlin, wurde in Darmstadt verhaftet. Er ist geschädigt. Er hat die Schinken größtenteils bei einem hiesigen Geschäftsmann abgekauft. Dieser wurde zur Anzeige gebracht.

**Heidelberg, 1. März.** Reichspräsident Ebert macht gestern von Frankfurt im Kraftwagen nach Heidelberg, wo er bekanntlich geboren wurde und noch jetzt Verwandte hat. In seiner Begleitung befanden sich Minister Dr. Müller und Bürgermeister Bräun aus Frankfurt. In einer Wirtschaft im Borort Sandshausheim, die der Reichspräsident von früher her kennt, nahm die Herren einen einfachen Imbiss.

**Mannheim, 1. März.** Am Dienstag vormittag wurde unterhalb der Rheinbrücke in der Nähe der drei Hallen der Mannheimer Dampfstraßenbahngesellschaft die Leiche eines Mannes gefunden, der offenbar einem Verkehr zum Opfer gefallen ist. Der Scharf war eingeklemmt, außerdem wurden zwei Messerstücke festgestellt. Der Mann war wachsend, schlief, da ihm der rechte Arm fehlte. Er stand ungefähr im Alter von 60 Jahren.

### Vermischtes.

**Die Wartburg.** Nachdem der ehemalige Großherzog von Sachsen-Weimar-Gotha im Abfindungsvertrag mit der Landesregierung von Sachsen-Weimar auf die Wartburg als Besitztum verzichtet, und diese einer Wartburgstiftung überlassen hat, hat sich nunmehr diese konstituiert. Zweck und Aufgabe der Stiftung ist, die Burg und Kuppelstätte ihrer geschichtlichen Bedeutung entsprechend dem deutschen Volk zu erhalten. Dem Stiftungsausschuss gehört u. a. der frühere thüringisch. Ministerpräsident Baumbach an.

**Der Kampf um den Ausschluß Eberts aus dem Sattlerverband.** Um den vor zwei Jahren erfolgten Ausschluß des Reichspräsidenten Ebert aus dem Ortsverband des Sattler-, Tapezierer- und Portierverbandes ist es nach und nach zu einem Instanzenkampf in der genannten Organisation gekommen. Jetzt hat der Beirat des Verbandes in seiner kürzlich stattgefundenen Sitzung in namentlicher Abstimmung einen Ausschluß Eberts mit allen gegen sechs Stimmen abgelehnt. Die letzte Entscheidung in der beherrschenden Angelegenheit wird nunmehr der Verbandstag fällen.

**Der treue Asari.** Einen glänzenden Beweis für den Erfolg deutscher Kolonialarbeit liefert folgende Begebenheit. Während des Feldzuges hatte der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika eigene Goldmünzen für die Kolonie (Elefant mit Unter-schrift „Deutsch-Ostafrika“) prägen lassen. Ein deutscher Offizier, Leutnant S., wollte das ihm gehörige Gold auf den unglücklichen Zügen nicht länger bei sich tragen und entschied sich daher 1916, es zu verbergen an einer Stelle, die er mit einem Asari ausgeteilt hatte. Der Asari verpackte ihm, das Gold in ein Tuch zu wahren und seinem Leutnant Vater beim Rückmarsch der Goldstücke beizubehalten zu sein. Bald darauf wurde der Offizier verwundet, geriet in Gefangenschaft und kam nach vielen Abenteuern schließlich nach Deutschland zurück. Vor einiger Zeit erschien nun bei ihm ein Herr, der eben von Deutsch-Ostafrika zurückgekommen war. Er berichtete von dem freudigen Empfang durch die Eingeborenen. Ein Schwarzer habe ihn beiseite genommen und ihn gefragt, ob er bereit sei, seinem Herrn in Deutschland etwas zu überbringen. Als er versprach, das Anbetrachte abzuliefern, habe ihn der ehemalige Asari in den Busch geführt und vor seinen Augen eine Anzahl Goldstücke ausgegeben, die er als das Eigentum von Leutnant S. bezeichnete. Diese wolle er ihm jetzt übergeben. Der überaus glückliche Offizier bestätigte die Erzählung des Asari und fand beim Rückmarsch zu seiner Freude, daß nicht ein Stück von dem vor fünf Jahren vergrabenen Golde fehlte.

**Die zusammenwachsenden Zwillinge wollen sich trennen lassen.** Die aus Böhmen kommenden Schwestern und zusammenwachsenden Zwillinge Josefa und Rosa Wiesel, die angeblich in Amerika weilen, wollen sich schon wieder einmal voneinander trennen lassen. Ein Kollegium von New Yorker Chirurgen hat die Angelegenheit begutachtet und ist zu dem Beschlusse gelangt, daß zum mindesten das Leben des einen Zwillinges gefährdet werden würde, wenn die Operation vorgenommen wird. Die Schwestern Josefa leben jetzt im Alter von 45 Jahren und befrachten, daß beim Eintreten des natürlichen Todes des einen Teiles auch der des anderen erfolgen würde. Die Ärzte trösten die Schwestern damit, daß in diesem Falle eine Operation ohne Lebensgefahr für den überlebenden Teil vorgenommen werden könnte. Eine der Schwestern ist ebenfalls Mutter eines jetzt einjährigen Kindes. Zwei andere „Zusammenwachsende“ sind allerdings leiserseit von einander

getrennt worden. Die eine gab ebenfalls einem Kinde das Leben, das heute acht Jahre und bei bester Gesundheit ist. Die andere starb später an einer Augenkrankheit.

**Sowjetrußland liefert Teppiche nach Deutschland.** Aus Kowal wird und geschrieen: Die große Nachfrage in Deutschland nach alten Perser- und Budarateppichen veranlaßt die Petersburger Abteilung des Außenhandelskommissariats, eine Sendung von 500 Teppichen nach Deutschland vorzubereiten. Es ist dies die zweite derartige Sendung. Bei der Mehrzahl der Teppiche handelt es sich um die Besteckstücke, die den Bolschewiken bei Wänderung mobilmittelreicher Besitztümer in Zentralasien in die Hände gefallen sind.

### Handel und Verkehr.

**Berrenberg, 1. März.** Ingetrieben waren 6 Ochsen, 119 Kühe und Kalbinnen, 80 Stück Jungvieh. Bei steigenden Preisen wurden bezahlt für: 1 Paar Ochsen 30- bis 35 000 M., eine trüchtige Kuh 10 000 bis 16 000 M., eine Milchkuh 9 000 bis 15 000 M., 1 Schlachtkuh 8 000 bis 10 000 M., 1 Kalbin 11- bis 16 000 M., 1 Jungrind oder Stier 4- bis 12 000 M. — Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 460 Misch- und 200 Käuferschwine. 1 Paar Milchschweine kostete 800 bis 1000 M., ein Paar Käuferschweine 1500 bis 2000 M. Verkauf flott.

### Neueste Nachrichten.

**Stuttgart, 2. März.** Dem Landtag ist ein Gesetzesentwurf über die Auslegung des § 63 Abs. 3 Satz 2 der Verfassung zugegangen. Der Satz lautet: Bis zum Inkrafttreten über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung von Kirche und Staat werden die Bedürfnisse beider Kirchen nach den bisher geltenden Bestimmungen aus der Staatskasse bestritten.

**München, 2. März.** Gewisse Kreise in Bayern tragen sich mit der Absicht der Gründung einer neuen monarchistischen Partei. Für Mitte März ist eine Gründungsversammlung des Stammverbandes Oberpfalz des Bayerischen Heimat- und Königshundes „In Treue fest“ nach Regensburg eingeladen. Dem vorbereitenden Ausschuss gehören u. a. die Reichstagsabgeordnete Dr. Heim und Dr. Kieß an.

**München, 2. März.** Dem Münchener Stadtrat wurde mitgeteilt, daß die Entente beschloffen hat, die Haushaltspläne der Städte zu kontrollieren, hinsichtlich der Finanzgebarung und der Stärke des Personals; in München und Nürnberg ist diese Nachprüfung bereits erfolgt.

**Darmstadt, 2. März.** Der Bürgermeister von Langen, Zimmer, der kürzlich, wie mitgeteilt, von der französischen Kommandantur in Groß-Gerau zu acht Tagen Gefängnis verurteilt worden war, weil er die Aufführung eines Theaterstückes bei einer Vereinsfestlichkeit zugelassen hatte, das nach Ansicht der Franzosen geeignet ist, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden, mußte, trotzdem er rechtzeitig Berufung eingelegt hatte, bereits seine Gefängnisstrafe abtun. Von zwei französischen Genarmen wurde er, ohne daß er vorher eine Aufforderung zum Straftritt erhalten hatte, aus seinem Amtszimmer herausgeholt und wie ein Schwerverbrecher nach Groß-Gerau transportiert.

**Köln, 2. März.** Die Stadtverordneten bewilligten die Vorlage der städtischen Verwaltung betreffend die Errichtung von Ausstellungs- und Messengebäuden zur Veranstaltung von Messen. Die Gesamtkosten werden 152 Millionen Mark betragen.

**Berlin, 3. März.** Laut „Vorwärts“ beauftragte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren Vorstand, beim Reichskanzler Dr. Wirth unverzüglich wegen der sehr beunruhigenden neuen Preissteigerung des Brotgetreides vorstellig zu werden. Von der Regierung sollen sofort durchgreifende Maßnahmen verlangt und u. a. gefordert werden, die Brotverforgung der minderbemittelten Volkskreise zu halbwegs ertäglichen Preisen sicher zu stellen.

**Berlin, 3. März.** Die Blätter erfahren, daß Reichs-ernährungsminister Dr. Dornes, der vorübergehend auch die Geschäfte des Reichsfinanzministeriums führt, erneut den Reichskanzler ersucht hat, eine endgültige Regelung dahin herbeizuführen, von wem die beiden Ministerien in der Folge geleitet werden sollen. Dr. Dornes erklärte, daß er die Verantwortung für die gleichzeitige Führung der Geschäfte der zwei Ministerien auf die Dauer nicht zu tragen in der Lage sei. Eine Entscheidung über die Frage ist noch nicht getroffen.

**Berlin, 2. März.** In der gestrigen Konferenz der Finanzminister der Länder über die Beamtenbefolgung gab der Reichsfinanzminister einen Überblick über die bisherigen Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen. Eine Debatte fand über die Frage statt, in welcher Weise die Grundgehälter erhöht, besonders ob die Wirtschaftsbefehle und die Kinderzulage in die Grundgehälter hineingearbeitet werden sollen.

**Berlin, 2. März.** Nach der „B. Z. am Mittag“ haben Vertreter des Hauses Hohenzollern der preussischen Regierung den Vorschlag gemacht, das Reich zur schiedsrichterlichen Entscheidung in der Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und dem Hause Hohenzollern anzurufen. — Wie die Blätter mitteilen, hat Herr v. Jagow, der gegenwärtig in Gollnow in Pommern seine Festungshaft verbüßt, seinen Verteidiger ersucht, das Wiederannahmeverfahren beim Reichsgericht in Leipzig zu betreiben und zu diesem Zweck seinem Verteidiger entsprechendes neues Beweismaterial überhand. — Die Strafkammer verurteilte den Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“, von Schilling, der in einem Artikel über den Kohnschen Vertrag mit den Deutschen Werken von einem Panama der Sozialdemokratie gesprochen und dabei den Vizelanzler Bauer, den Reichsminister a. D. Wissell und den Reichstagsabgeordneten Hoch beschuldigt hatte, zu 20000 Mark Geldstrafe. — Nach Mitteilungen der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Kul“ ist die händige Fremdenkolonie in Berlin 220 000 Personen stark. An erster Stelle stehen die russischen Emigranten. Ihre Zahl wird auf über 100 000 geschätzt. Außerdem leben in Berlin 30 000 Ukrainer, 25 000 Tschechoslowaken und 20 000 Polen. — Der Halle'sche Kommunist Lemel, dessen Ausfragen über den mitteldeutschen Putz in den bei Clara Zetkin beschlagnahmten Akten besonders belastend für die kommunistische Parteileitung waren, ist jetzt gegen Kautz auf der Haft entlassen worden.

**Girschberg, 2. März.** Der wegen des Kleppeldorfer

Doppelmords zweimal Gruppen hat in seiner 5 Uhr nachmittags wurden an einem Hofe aufgefunden. Gruppen gangenen Woche in Eisen

**Wien, 2. März.** mit dem Problem der für die Verbesserung der Affekte zu beauftragten sehen öffentlichen in Angriff nehmen zu lösenunterstützung eracht

**Budapest, 2. März.** Partei hat heute ihre mit der Mitglieder in Damos, 3. März, nische Gesandte in Berlin

zur Beerdigung seines Lungenentzündung gestorbenenau übergeführt in Rom, 2. März, des Postministers Cosac

folger den Abgeordneten Madrid, 2. März, halten sich die spanische Verhandlungen weiter schwebend Artikel scharfe Kritik

Deutschland zu ruinieren Frieden Obstruktion treiben Riga, 2. März, sich entschlossen, sich auf dem vertreten zu lassen in

**Kairo, 2. März.** 2. ultorates über Ägypten bestehenden Ministerkrisis Katscha hat das neue Ministertum das Ministerium auswärtigen Amtes.

**Stuttgart, 2. März.** Frage des Zentrums über am dritten Tage mit einer

herrs, der sich vorfristig erklärte. Dr. Weiswanger hatte in das rechte Licht, Dr. Baur besagte, daß es

erfüllt war, das volle Recht zu haben, und im Ton dur

haltminister und Staatsminister Kultminister Dornes

mit des Zentrums sprach, Kultminister schon länger

der Vertreterung aufgestellt auf neue Grundgebäude eine geistliche Vor

nisse auch darauf hören reibliche wünschen, nicht

Redner wünscht jedoch, kommen, mit wirklichem

Kid weiten. Nur sei es erfüllt werden können. Über

berung, er habe es gut im, wolle aber dem Lande

schreibt über die Frage des

sch der Einfluß der St

ab aber im übrigen zu

werden soll, auch daß die

ter Hochschule nach dem

geschlossen sei. Einige der

maßhaltliche Dozenten sind

n angegliedert oder in

unter den ersten Nagold

erhalten funktionellen

Nagold evangelischen, St

zur Erparnisse beans, b

die höhere Einrichtung der

Bildung für Württemb

sch ausmache, ohne daß d

zu tragen. In seinem S

prof. Dr. Baur fest, daß i

in und empfindlichen Ton

des Licht gerichtet worden

ist, und in seiner zweiten

te Dr. Baur. Das war a

nage hat die Lage geklärt

iden etwas beruhigt. Die

ist das Geld haben, die

er für den ganzen Bar

schüsse, die keine K

kennt das Reich die K

arbeit kann, so arbeitet

ihre Durchsührung zu

ben, dann philosphieren

werden und fordern dann

ung unter Wahrung der

ng sodann zur Beratung

Grund der Anträge des

richt des Berichterstatter

is dann auf Freitag vor

ung frei zunächst eine

zum Braig über die

m.

Die Beratungen ü

Berlin, 2. März. Ge

rium Verhandlungen zw

und den Spitzenorg

An unsere

Wir laubten vor einige

finden, eine Nachzahlung

er Zeit, wo die Volkswirt

6. November 1921) und

rang der Unkosten in der

se wesentliche Erhöhung

reden war und der am 2

stern nicht mehr unsere

keine Industrie, die ihre

vier Monate ununterb

überverlagern ist das natürl

er unverhüllt, daß es nur

irer Postabkommen, die

höchsten Verständnis die

herer Förderung anerkenn

ng als Verpflichtung auf



Nur noch kurze Zeit!

# Stoff-Verkauf im Karl-Friedrichshof (Destl. Karl-Friedrichstr. 37)

Zum zweitenmale in Pforzheim. Verkaufszeit ununterbrochen von 8 bis 7 Uhr.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Preise für Anzug- und Kostümstoffe ins Unersehliche steigen und daß es sich empfiehlt, den jetzigen Bedarf und den der nächsten Zukunft sofort einzudecken.

Bei uns sind große Mengen in allen Sorten

## Anzug-, Kostüm- und Konfirmanden-Stoffen

von früheren Abschläffen zu noch verhältnismäßig sehr billigen Preisen eingetroffen und jeden Tag kommen neue Sendungen herein, so daß wir imstande sind, Unvergleichliches zu bieten.

E. Tröller.

Frankfurter billiger Sonder-Verkauf in Herren- und Damen-Stoffen!

### Staatsrentamt Hirsau. Bekanntmachung, betreffend Aufnahme der Dienstgeschäfte.

Das neu errichtete Staatsrentamt Hirsau hat den Dienstbetrieb am 1. März 1922 aufgenommen. Die Amtsräume befinden sich im sog. kleinen Freuchtkasten (rechts hinter dem Finanzamt).

Zur Geschäftsaufgabe des neuen Amtes gehören insbesondere folgende, bisher von den Finanzämtern besorgten Geschäfte:

1. Die Verwaltung des staatlichen Grundbesitzes an Gebäuden, Hausgärten, Domänen, Bauplänen in den Oberamtsbezirken Calw, Nagold und Neuenbürg.
2. Die Kassen- und Rechnungsführung für die Bauverwaltung (Bezirksbauamt Calw) und die Forstverwaltung (Forstbezirke Altensteig, Calmbach, Enzklösterle, Herrenalb, Hirsau, Hofstett, Langenbrand, Liebenzell, Meßtern, Nagold, Neuenbürg, Stammheim, Teinach, Wildbad, Wildberg).
3. Die Bezahlung der Lehrergehälter.
4. Borerst noch die Bezahlung der Gehälter der Geistlichen.

Das Staatsrentamt ist unter No. 30006 an den Postfachverkehr, unter No. 508 an das Girokonto der Oberamtsparcasse Calw, sowie an den Giroverkehr der Württ. Notenbank (Agentur Calw) angeschlossen.

Wegen Uebergabe der Geschäfte von den Finanzämtern auf das Staatsrentamt können von letzterem in der Zeit vom 1. bis 8. März ds. Js. Zahlungen weder geleistet noch angenommen werden.

Hirsau, den 1. März 1922.

Staatsrentamt:  
Rechnungsrat Widmayer.

### Schlachtfarren-Verkauf.



Die Gemeinde verkauft einen schweren, fleischigen Farren. Angebote pro Zentner Lebendgewicht sind bis Dienstag, den 7. März 1922, nachm. 3 Uhr, beim Schultheißenamt einzureichen mit der Aufschrift: „Schlachtfarrenverkauf“.

Wärzbad, O.A. Calw, den 1. März 1922.

Schultheißenamt.  
Kurrie.

Schwann.

### Empfehle zur kommenden Saatzeit

alle Sorten Gemüsefasen in bester, hochkeimender Ware, ferner Blumenfasen, Saatbohnen und Steckzwiebel, ewigen und dreiblättrigen Alee, sowie Futtererbsen und Wicken.

Postbestellungen werden umgehend erledigt.

Carl Gentner,

Dandels-Gärtnerei, Baumschulen und Samen-Handlung.

Niemand lasse sich irre führen beim Einkauf von

### Stoffresten

für Herrenanzüge, Ueberzieher, Damenmäntel und Kostüme, sowie Konfirmandenstoffe.

Jeder überzeuge sich früher über die Preise und Qualität nur bei mir. Für Schneider stets günstige Gelegenheit.

P. Süßmann, Pforzheim, Destl. 2  
Gingang neben Gutgeschäft Meyle.

### Zimmer-Mann

Sucht Gustav Mitschele.

### Bäder-Lehrling.

Kräftiger, braver Junge wird auf Ostern unter günstigen Bedingungen und guter Behandlung angenommen bei Georg Walz, Bäckermeister, Pforzheim, Güterstraße 63.

### Kalbin,

2 Läuferschweine verkauft

Farrenhalter Wenz.

Feldrennack.

Zu verkaufen eine schwere, hochtrachtige

### Kalbin,

gewöhnl.

H. Mayer.

Herrenalb. Bierfähige, hornlose

### Ziege,

Ende März lammen, dunkel-rethfarbig, sofort zu verkaufen.

Burkhardt, Haus Waldruh.

Gesucht auf sofort od. 15. März solides, gewandtes

### Zimmermädchen

bei gutem Lohn u. Behandlung.

Angebote mit Zeugnissen an Frau Fabr. Otto Ehinger, Singen-Hohentwiel, Baumwollspinnerei.

### Verloren

ging von der „Traube“ bei Neuenbürg Bahnhof eine grüne Geldmappe mit Inhalt.

Abzugeben gegen Belohnung in der Enzklösterle-Geschäftsstelle.

Wildbad.

Tausche ca. 12 Jtr. gutes

### Heu

gegen entsprechende Menge guter Kartoffeln.

R. Nießer, Kurhaus Bergfrieden, Fernspr. 59.

Suche für landw. Betrieb einen zuverlässigen

### Knecht,

nicht unter 20 Jahren. Jahreslohn 5000 Mark und freie Fahrt.

### Dienstmädchen,

nicht unter 17 Jahren. Jahreslohn 2500 Mk. u. freie Fahrt.

Nur solche, die in der Landw. tätig waren, wollen sich melden.

Fr. Gg. Hochdörfer, Wtw. Ruffdorf, bei Landau, Pfalz, Nr. 124.

Ein einf., junges, nettes

### Mädchen

per sofort zum Servieren gesucht, sowie ein Mädchen für Küche und Haushalt, welches nebenbei das Kochen erlernen kann.

Gottl. Eberle, Palm'scher Bau, Gfilingen a. N., Telefon 67.

Zwei ordentliche

### Mädchen

für Küche und Haushaltung per sofort oder 15. März bei sehr gutem Lohn gesucht. Denfalls ist Gelegenheit geboten, das Kochen zu erlernen.

Schön u. Schillerer, beim Schillerdenkmal, Stuttgart, Schmale Straße 3.

Von Sonntag, den 5. März 1922 an steht ein großer Transport

gutgewöhnter, erstklassiger, junger

Kälberkühe, hochtrachtiger Kühe

und hochtrachtiger Kalbinnen

im Gasth. z. „Bahnhof“ in Ispringen, wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst eingeladen werden.

Reutlinger & Wassermann, Königsbach.



Stuttgart, den 1. März 1922.

### Codes-Anzeige.

Heute verschied sanft nach langem, körperlichen und seelischen Leiden kurz vor Vollendung des 54. Lebensjahrs mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

### Hermann Karcher,

früher Restaurateur.

Namens der trauernden Hinterbliebenen: Frau Anna Karcher, geb. Störzbach, mit Tochter Gertrud.

Beerdigung: Freitag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr.

### Mehger-Innung für das Oberamt Neuenbürg.

Infolge weiterer Steigerung der Viehpreise sehen sich die Mehger genötigt von Samstag, den 4. März ab die Fleischpreise wie folgt festzusetzen:

Ochsenfleisch	23 Mark pro Pfund
Kalbsteisch	24 " " "
Schweinefleisch	26 " " "

### Achtung Fuhrunternehmer!

Sämtliche Fuhrunternehmer des Bezirks Neuenbürg und Umgebung werden auf nächsten Sonntag, den 5. März 1922, nachmittags 2 Uhr nach Wildbad das Gasthaus zum „Hirsch“ (Nebenzimmer) zu einer gemeinsamen

### wichtigen Besprechung

eingeladen. Da es im Interesse jedes Einzelnen ist, soll keiner fehlen.

Mehrere Fuhrunternehmer.

### Landwirtschaftlicher Vortrag

Kommenden Sonntag, den 5. März 1922, nachmittags 2 Uhr, wird im Gasthaus z. „Hirsch“ in Arnoldsweiler Herr Landwirtschaftsinspektor Vobler von der landwirtschaftlichen Winterschule Calw über

### „Maßnahmen zur Steigerung der Ernteerträge“

sprechen. Hierzu werden Landwirte und Freunde der Landwirtschaft, hauptsächlich die Jungbauernschaft freundlichst eingeladen.

Die Vorstandskast der Bezugs- und Abfahrgenossenschaft.

### Bezugs- und Abfahrgenossenschaft Arnoldsweiler

e. S. m. b. H.

Infolge günstigen Einkaufs empfehlen wir zu billigen Preisen

- Weizenfuttermehl,
- Gerstenfuttermehl,
- Weizenkleie,
- Rapskudeln,
- Kokoskudeln,
- Düngeralkali, kohlen-sauren,
- Ammoniak, schwefel-saures.

Lager bei

Friedrich Stoll zum „Hirsch“

Bezugspreis: Vierteljährlich in Neu...  
In Fällen von höherer...  
auf Verletzung der...  
der auf Wiederherst...  
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen...  
Poststellen, in Her...  
außerdem die Re...  
jedemzeit entg...

St. Pauli Nr. 24 b...  
D. A. - Sportstoffe Neu...

Nr. 53.

Seit Jahren m...  
die Koalition zwisch...  
katie. Sie bildet...  
nisterposten in der...  
knappe Mehrheit im...  
gemeinschaftliche Pa...  
trien ist der Wille...  
Verfassung von Wei...  
ist bis jetzt ebidlich...  
lich durch gegenseit...  
wirtschaftlichen Frag...  
über es gibt auch...  
Geister scheiden. M...  
droht durch den Kan...  
bedingung an der drei...  
anderen Parteien in...  
aber gar antichristl...  
marter Verfassung...  
über die Freiheit de...  
lang in der Ausüb...  
bizantische Kultimin...  
rige Vieber. Sie...  
ihres Namens geme...  
tagsbehalte dieser...  
trums über die fünf...  
aus den täglichen...  
Tatfache, daß hier...  
gierungscoalition...  
wurde. Man wande...  
bede den Mif, ab...  
tänkt sich offenbar...  
Selbe weiter schmä...  
lich eine Operation...  
Die Rindländer...  
furt hat sich in ähnl...  
gen die Politik des...  
berer Bankrott am...  
Krieg mit dem Ge...  
durch die Berufsop...  
ren und verglichen...  
der andere nicht au...  
ihn zwingen und dan...  
Politik des Zwanges...  
nus ist nun endgültig...  
gegen, ob der Füll...  
haupt mit einem Wo...  
Die Festsetzung...  
logne auf einer...  
und Boitare. W...  
beiden Dauptlinge...  
geraten würden...  
Bermunft für Deutle...  
bedrohte Frankreich...  
dem haben wir erla...  
alle von Frankreich...  
vernehmen gutgehei...  
beiligten Friedens...  
das Recht bekräftig...  
bichtsbesetzungen...  
von einer Ermäßig...  
Nede sein, geschweige...  
trag von Versailles...  
Abenlande soll Nat...  
rung erhalten können...  
rarianten unter der...  
sich heute fragt, was...  
Lloyd Georges über...  
dem Jubel übrig...  
lichen Optimisten in...  
begrüßt haben. Wie...  
heute zu erwarten...  
durch Vobler zu be...  
zurückden oder gesom...  
Landtag eine andere...  
auch für eine andere...  
gen. Daß wir sehr...  
bekommen sollen, m...  
geschrieben werden...  
allein es gibt Leute...  
sich doch recht schmä...  
die Lösung des ober...

Stuttgart, 3. M...  
radidirection erl...  
den an die Eisenba...  
kommt ein Erlaß an...  
Arbeiter zu entlassen...  
sollen in erster Linie...  
Weil, 3. März...  
Demokratischen Part...  
Erleien, es dürfte...  
Kandidaten geben, ei...  
Rifgen. Ob Öbert...  
nicht fest. In den...  
keine Verhandlungen...  
vorhand werde sich...  
mal mit der Frage...  
ein großer aus aller...  
schier Ausbruch die...  
Ganan, 3. März...  
gegen die Stimmen...  
fratlicher und form...  
Streik der Gold- u...  
Streik beteiligte der...

